

Zur Lage

Flüchtlingsbewegung fordert ganz Europa Koalitionsbeschlüsse schnell umsetzen



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Flüchtlingsbewegung bedeutet für Deutschland eine der größten Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte. Die Behörden, Hilfsorganisationen, aber vor allem die vielen Tausend freiwilligen Helfer sind in den vergangenen Wochen den Anforderungen mehr als gerecht geworden. Mit Herzenswärme und Tatkraft haben all diese Helfer die Männer, Frauen und Kinder, die zu uns kommen, versorgt. Sie haben gezeigt, dass Deutschland ein Land ist, das sich nicht nur zu den Menschenrechten bekennt, sondern sie schützt und nach ihren Geboten handelt. Wir können stolz auf diese Kultur der Mitmenschlichkeit sein.

Auf der anderen Seite wissen auch wir, dass unser Land nicht Jahr für Jahr 800.000 Menschen aufnehmen können wird. Die große Koalition hat sich deshalb zu einem Dreiklang bekannt. Alle Menschen, die zu uns kommen, müssen zunächst einmal menschenwürdig behandelt werden. Diejenigen, die einen Asylgrund haben, müssen möglichst schnell integriert werden. Diejenigen jedoch, die nur aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen haben, müssen zügig dorthin zurückgeführt werden.

Union und SPD haben sich in dieser Woche auf eine Reihe von Einzelmaßnahmen verständigt, mit denen diese Prinzipien durchgesetzt werden sollen. Geplant ist, die Maßnahmen bis Mitte Oktober in Bundestag und Bundesrat zu verabschieden. Besonders wichtig ist, dass alle Flüchtlinge bis zum Bescheid ihres Antrags in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben sollen, die verstärkt vom Bund finanziert werden. Hier kommt es darauf an, die Verfahren möglichst zügig zu entscheiden. Die Flüchtlinge müssen schnell wissen, wie es mit ihnen weitergeht.

Die Anreize für eine Flucht nach Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen – das war uns von der Union besonders wichtig – werden verringert, denn die Flüchtlinge sollen zunächst vorrangig nur Sachleistungen und kein Geld erhalten. Die Möglichkeiten, abgelehnte Bewerber abzuschieben, werden verbessert.

„Gesamteuropäische Solidarität ist gefragt“

Deutschland wird die Flüchtlingsbewegung, die Europa zum Ziel hat, aber nicht allein stemmen können. Es ist eine gesamteuropäische Solidarität gefragt. Einige EU-Staaten verhalten sich jedoch unverantwortlich. Die Bundeskanzlerin arbeitet daran, das zu ändern. Wir werden sie darin in den nächsten Wochen nachhaltig unterstützen.

Volker Kauder

Inhalt

Flüchtlingsbewegung fordert ganz Europa	1
Verbraucher schützen – Bewusstsein stärken	2
„Allerhöchste Priorität“ für die Integration	3
Flüchtlingskrise ohne Neuverschuldung bewältigen	4
Kurs für die nächsten Monate bestimmt	5 – 6
„Am hohen Schutzniveau halten wir fest“	7
Im Einsatz für die Glaubensfreiheit	8
Letzte Seite	9

Kommentar

Verbraucher schützen – Bewusstsein stärken



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Ankunft vieler tausend Flüchtlinge in den vergangenen Wochen und der anhaltende Strom Schutzsuchender bindet die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und fordert von der Politik schnelles und konzentriertes Handeln. Dennoch dürfen wir andere wichtige Aufgaben in Deutschland nicht aus den Augen verlieren. Es gibt kaum Themen, die die Bürger so beschäftigen wie ihre Ernährung, die Erzeugung von Lebensmitteln, die Tierhaltung und der Schutz der Gesundheit. Diesen großen Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes haben wir daher zu einem Schwerpunkt unserer diesjährigen Fraktionsvorstandsklausur gemacht und auch ein entsprechendes Positionspapier verabschiedet.

Wichtig ist uns, dass die Verbraucher vor gesundheitlichen Gefahren und vor Produkttäuschung geschützt werden. Auch wenn Lebensmittel in Deutschland so sicher sind wie nie zuvor, müssen wir den Bürgern ausführliche Informationen über die Herkunft der Produkte geben. Anbau- oder Herkunftsregion und Inhalts- oder Zusatzstoffe müssen deutlich erkennbar sein, wenn der Verbraucher im Supermarkt ein Produkt wählt. Gleichmaßen wollen wir den Einsatz von Antibiotika in der Landwirt-

schaft genauso minimieren wie den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Sicherlich muss auch das Bewusstsein beim Bürger für den Wert der Lebensmittel wieder gestärkt werden. Einerseits werden diese zu häufig verschwendet. Etwa elf Millionen Tonnen Lebensmittel werden im Jahr weggeschmissen. Andererseits wird das Kaufverhalten häufig vom Preis beeinflusst. Und hier kommt ein weiterer Punkt ins Spiel, der uns genauso wichtig ist. Artgerechte Tierhaltung ist nicht zum Discounter-Preis zu bekommen. Wenn das Schnitzel auf dem Teller von einem glücklichen Schwein stammen soll, dann muss auch die entsprechende Aufzucht bezahlt werden.

„Wir brauchen einen Dialog über Ernährung und Tierhaltung“

Wir haben in Deutschland das Glück, reich an bezahlbaren und sicheren Lebensmitteln zu sein. Dennoch brauchen wir eine gesellschaftliche Diskussion darüber, wie die moderne Land- und Ernährungswirtschaft künftig aussehen soll. Deshalb ist es richtig, dass beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine extern moderierte Dialogplattform eingerichtet wird. Wir müssen mit Verbrauchern, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Politik klären, wie wir uns künftig ernähren wollen und welche Art der Tierhaltung die beste ist.

Für uns in der Union steht fest, dass wir eine regional verankerte, flächendeckende Landwirtschaft brauchen. Wir legen Wert auf höhere Erzeugungsstandards. Aber mit einer vielfältigen, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft geht der Schutz von landwirtschaftlicher Fläche einher sowie eine bedarfsgerechte Düngung, der Pflanzenschutz und auch technologischer Fortschritt.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

„Allerhöchste Priorität“ für die Integration

Bundeskanzlerin sieht in Bewältigung der Flüchtlingskrise „nationale Aufgabe“ – Generalausssprache zum Haushalt 2016

Die Integration der Flüchtlinge in Deutschland hat für Bundeskanzlerin Angela Merkel „allerhöchste Priorität“. Bei der Generalausssprache zum Haushalt 2016 sagte Merkel am Mittwoch im Bundestag, diejenigen Flüchtlinge, die Anspruch auf Asyl haben, brauchten all unsere Hilfe, damit sie schnell Deutsch lernten, sich bald integrierten und zügig eine Arbeit fänden. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise bezeichnete die Kanzlerin erneut als „nationale Aufgabe“. Sie forderte jedoch auch Solidarität innerhalb Europas ein.

Die Kanzlerin zeigte sich überzeugt, dass Deutschland die Flüchtlingskrise meistern kann, nicht zuletzt weil es wirtschaftlich in guter Verfassung ist – mit solidem Wachstum und einer Rekordbeschäftigung. Auch die nachhaltige Haushaltspolitik der vergangenen Jahre habe finanzielle Spielräume geschaffen, sagte sie. Nur so sei es möglich, im Etat 2016 ad hoc sechs Milliarden Euro für die Bewältigung der Flüchtlingskrise zur Verfügung zu stellen. Auch CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder gab sich angesichts der guten Rahmenbedingungen zuversichtlich: „Wir können das schaffen.“

Aus den Fehlern der 60er Jahre lernen

Angesichts der Rekordzahl von 800.000 Flüchtlingen sagte Merkel: „Wir werden nicht einfach weitermachen können wie bisher.“ Man müsse anpacken und alle Hindernisse aus dem Weg räumen, um den Menschen zu helfen, die bei uns ankommen. Dabei müsse man auch aus den Erfahrungen der 1960er Jahre lernen und „von Anfang an der Integration allerhöchste Priorität beimessen“.

Gleichzeitig betonte Merkel: „Diejenigen aber, die nicht aus politischer Verfolgung, sondern aus wirtschaftlicher Not kommen, werden nicht in Deutschland bleiben können.“ So schwer deren persönliches Leben



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Generalausssprache zum Haushalt 2016

auch sein möge: „Dies gehört dennoch zur Wahrheit, und wir sprechen das auch aus.“ Auch Kauder forderte, dass Flüchtlinge ohne Asylgrund so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückkehren. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt pochte vor allem auf eine schnelle Rückführung von Flüchtlingen aus den Balkanländern, die keine Chance auf Asyl haben. Sie drang darauf, die Liste der sicheren Herkunftsländer auf dem Balkan schnell zu erweitern.

Parallelgesellschaften nicht dulden

Wer in Deutschland leben wolle, so forderte die Kanzlerin, der müsse auch die Regeln akzeptieren, die hier gelten. Parallelgesellschaften dürften sich nicht herausbilden: „Hier darf es keine Toleranz geben“, sagte sie. Ebenso wenig werde geduldet, dass die europäischen Grundwerte von Fremdenfeinden verraten würden. Dagegen werde man „mit der ganzen Härte des Rechtsstaates vorgehen – auch im Internet“.

Darüber hinaus plädierte Merkel für eine engere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge und mit Transitstaaten wie der

Türkei. Von Europa erwartete sie eine verbindliche Einigung über die Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten sowie den effektiven Kampf gegen die Schlepperbanden. „Wir haben selten so deutlich gespürt, wie eng Innenpolitik und Außenpolitik zusammenhängen“, sagte Merkel. Dies sei eine Folge der Globalisierung und die „Realität des 21. Jahrhunderts“.

Außenpolitische Konflikte rücken näher

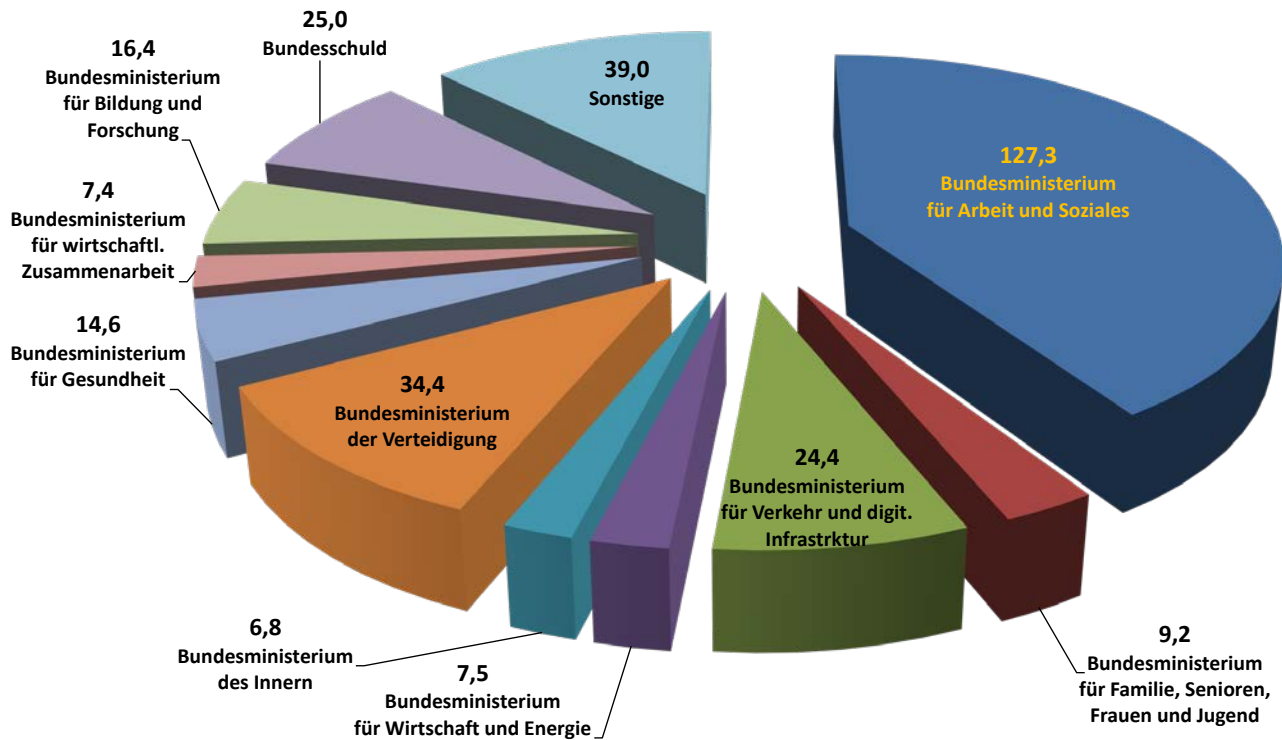
Auch Kauder sagte, außenpolitische Konflikte, die man bislang als weit weg wahrgenommen habe, rückten auf einmal ganz nahe an uns heran. Er zeigte sich erstaunt, wie wenig die reichen arabischen Länder leisteten, um ihren verfolgten muslimischen Glaubensbrüdern aus Syrien oder dem Irak zu helfen. Gleichzeitig lobte er Jordanien, das bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus den Nachbarländern einen „großartigen Beitrag“ leiste. Flüchtlingspolitik sei auch, den Menschen eine Perspektive zu geben, die zu Millionen in Flüchtlingslagern der Region lebten, damit sie in ihre Heimat zurückkehren könnten und sich nicht auch auf den Weg nach Europa machen müssten.

Flüchtlingskrise ohne Neuverschuldung bewältigen

Schwerpunkte des Haushaltsplans 2016

Bundshaushalt 2016 - Ausgaben in Mrd. €

(Gesamtausgaben 312,0 Mrd. €)



Grafik: CDU/CSU-Fraktion

Der Bundestag hat in dieser Woche den Entwurf des Bundeshaushalts 2016 und den Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019 in erster Lesung beraten. Die Beratungen standen dieses Jahr ganz im Zeichen der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingssituation. Diese große Herausforderung gilt es zu meistern, ohne neue Schulden aufzunehmen oder gar die Steuern zu erhöhen. Möglich ist dies deshalb, weil die Koalition die Neuverschuldung des Bundes in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgeführt hat, bis er im vergangenen Jahr bei der schwarzen Null landete. Somit zeigt sich einmal mehr, dass solide öffentliche Haushalte kein Selbstzweck sind, sondern Vorsorge für die Zukunft.

Zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik plant die Koalition im kommenden Jahr folgende Maßnahmen:

- Die Ausgaben des Bundes werden um 3 Milliarden Euro erhöht. Darin sind 400 Millionen Euro zusätzlich für humanitäre Hilfen im Haushalt des Auswärtigen Amtes enthalten. Mit einem Teil des Geldes werden außerdem bis zu 10.000 zusätzliche Plätze

beim Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Auch mit dem Aufbau von 3.000 zusätzlichen Stellen bei der Bundespolizei wird begonnen. Finanziert werden mit dem Geld außerdem Integrations- und Deutschkurse sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

- Ländern und Kommunen werden weitere 3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

- Zur Beschleunigung der Asylverfahren werden bis zu 1.000 zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen.

Die Union kümmert sich nicht nur um die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen, sondern richtet ihren Blick auch auf andere wichtige Politikfelder. Auch dies zeigt sich im Haushaltsentwurf 2016:

- 2016 stehen für Investitionen insgesamt gut 30 Milliarden Euro bereit, davon entfallen gut 16 Milliarden Euro auf Investitionen im Verkehrsbereich und auf sogenannte Zukunftsinvestitionen. Diese umfassen unter anderem die Bereiche digitale Infrastruktur, Energieeffizienz, Kli-

maschutz und Städtebauförderung.

- Außerdem beginnt der Bund mit seinem zusätzlichen Investitionsprogramm, das 10 Milliarden Euro für die Jahre von 2016 bis 2018 umfasst.

- Der Bildungs- und Forschungsetat steigt 2016 um 7,3 Prozent auf fast 16,4 Milliarden Euro an. Somit haben sich die Ausgaben für Bildung und Forschung seit 2005 fast verdoppelt.

- Die Koalition erhöht stetig die familienpolitischen Ausgaben. 2016 betragen die Ausgaben des Familienministeriums erstmals über 9 Milliarden Euro. Seit 2005 hat sich also auch dieser Etat verdoppelt.

- Familien und Arbeitnehmer werden jährlich im Umfang von 5,4 Milliarden Euro steuerlich entlastet – durch die Anhebung des Grund- und des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags und des Freibetrages für Alleinerziehende sowie durch die Milderung der kalten Progression.

- Der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung steigt um 13,5 Prozent auf rund 7,4 Milliarden Euro.

Kurs für die nächsten Monate bestimmt

Klausurtagung mit den Schwerpunkten Flüchtlingspolitik und innere Sicherheit

Das Treffen hat Tradition: Wenn die Abgeordneten gegen Ende der parlamentarischen Sommerpause nach Berlin zurückkehren, kommt die Spitze der CDU/CSU-Fraktion zur Klausurtagung zusammen. Dabei stimmt sie den Kurs für das zweite Halbjahr ab. Auf der Tagesordnung in diesem Jahr standen die Themen innere Sicherheit, Flüchtlings- und Asylpolitik sowie Verbraucherschutz (s. Infoboxen diese und nächste Seite). Auch ein ranghoher Gast saß mit am Tisch des Fraktionsvorstandes: Jordaniens Außenminister Nasser Judeh berichtete über die Lage im Nahen Osten und die Bemühungen seines Landes gegen die Ausbreitung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS).

Jordanien hat sich als stabiler und verlässlicher Partner im Kampf gegen den IS erwiesen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hatte sich bereits im Frühjahr mit Nasser Judeh in Amman getroffen, um über das Problem zu beraten. Dieser vertritt die Auffassung, dass der Kampf gegen den IS-Terrorismus in erster Linie von den islamischen Staaten selbst geführt werden müsse. Der Westen sei jedoch aufgefordert, sie dabei zu unterstützen. Denn „der Kampf gegen den IS-Terror ist kein lokaler oder regi-



Foto: Steven Rösler

Bundeskanzlerin Merkel, der jordanische Außenminister Nasser Judeh und der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder

onaler Kampf“, sagte Judeh in Berlin. Vielmehr müsse man von einem globalen Kampf sprechen. Der IS bedrohe unsere gemeinsame Kultur, warnte der jordanische Außenminister.

Jordanien kümmert sich auch um die Flüchtlinge, die vor dem Bürgerkrieg und dem IS aus Syrien fliehen. Im Norden des Landes, an der Grenze zu Syrien, unterhält es das Flüchtlingslager Zaatari. Dort werden inzwischen mehr als 83.000 Flüchtlinge versorgt. Nicht nur in diesem Lager,

sondern im ganzen Land leiste das jordanische Volk Unglaubliches, betonte Volker Kauder.

Zwei Säulen der Flüchtlingspolitik

Der IS hat nicht nur weite Teile Iraks unter seine Kontrolle gebracht, er ist auch ein bestimmender Faktor im syrischen Bürgerkrieg. Vor Bürgerkrieg und IS-Terror fliehen die Menschen nach Europa, vor allem nach Deutschland. Ein Großteil der Asylsuchenden

Maßnahmenkatalog der großen Koalition zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

Weltweit befinden sich rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Hunderttausende von ihnen drängen in die EU, die meisten von ihnen suchen Asyl in Deutschland. Die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik ist somit die größte innen- und außenpolitische Aufgabe unserer Zeit geworden. Die Koalition hat sich Anfang dieser Woche auf einen Maßnahmenkatalog geeinigt, um den aktuellen Zustrom an Flüchtlingen aus Krisengebieten zu bewältigen und Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt, dass dabei an verschiedenen Stellenschrauben gleichzeitig angesetzt wird. Auf ihrer Klausurtagung hat die Fraktionsspitze selbst ein Papier verabschiedet, das sich in vielen Punkten mit dem Koalitionsbeschluss deckt.

Um die Flüchtlingssituation im Inland zu bewältigen, will der Bund im Haushalt für das kommende Jahr drei Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen. Den Ländern und Kommunen will er weitere drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Bei den Asylverfahren setzt die Koalition auf eine Beschleunigung der Bearbeitung. Dafür sollen die Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufgestockt werden. Auch bei der Bundespolizei werden 3.000 zusätzliche Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen hilft der Bund Ländern und Kommunen beim Ausbau winterfester Plätze für die Flüchtlinge.

Wichtig für die Union ist, dass nun auch Kosovo, Montenegro und Albanien zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Damit kann verhindert werden, dass Menschen nach Deutschland kommen, die eigentlich gar keinen Grund für ein Asylgesuch haben. Menschen ohne Chance auf Asyl werden aus den Erstaufnahmeeinrichtungen direkt in ihre Heimatländer zurückgeführt – eine große Entlastung für Landkreise und Kommunen. Darüber hinaus erhalten Flüchtlinge in den Erstaufnahmelagern künftig weniger Geld- und mehr Sachleistungen.

Die Mittel im Haushalt des Auswärtigen Amtes werden um jährlich 400 Millionen Euro aufgestockt, um Fluchtursachen im Ausland zu bekämpfen und Nachbarländer von Krisenstaaten zu stabilisieren. Die faire Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten ist eine Forderung, die ebenfalls Eingang in den Maßnahmenkatalog fand.

kommt allerdings auch aus den zerfallenden Staaten Afrikas und vom Westbalkan nach Europa – in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. 800.000 werden allein in diesem Jahr in Deutschland erwartet. Der Fraktionsvorstand verabschiedete ein siebenseitiges Papier, in dem er die zwei Säulen seiner Flüchtlingspolitik deutlich machte. So soll Schutzbedürftigen schnellstmöglich geholfen werden, sich in Deutschland zu integrieren und ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Andere, die keines Schutzes bedürfen, müssen jedoch rasch in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

besser erkennen und so Terrorakte unterbinden zu können.

Um ein Abdriften junger Menschen in radikale Strömungen zu verhindern, sollen Präventionsmaßnahmen ausgebaut werden. So soll künftig ein besonderes Augenmerk auf die Islamistszene in Gefängnissen gelegt werden. Denn der Strafvollzug gilt als eines der größten Rekrutierungsfelder für Salafisten.

Wohnungseinbrüche verhindern

Nicht zuletzt ging es um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, um die Abwehr von Cyberangriffen

könnte sie beispielsweise eine Analyse-Software nutzen. Mit Wahrscheinlichkeitsprognosen könnte man in bestimmten Gebieten Vorsorge betreiben.

Beschluss der Fraktionsspitze zur Ernährung und Gesundheit

Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz sind Themen, die die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bewegen. Daher hat sich auch die Unionsfraktionsspitze bei ihrer Klausurtagung der Themen angenommen. Die CDU/CSU-Fraktion will die Rolle der Verbraucher stärken, sie vor gesundheitlichen Gefahren und Täuschung schützen. Dabei steht der selbstbestimmte und eigenverantwortlich handelnde Bürger im Vordergrund – er braucht Information, keine Bevormundung.

Weltweit sind Lebensmittel noch immer ein knappes Gut. In Deutschland stehen sichere und bezahlbare Lebensmittel allerdings im Überfluss zur Verfügung. Pro Jahr werden elf Millionen Tonnen weggeschmissen, das sind 275.000 Lastwagen. Daher ist es wichtig, die Wertschätzung von Lebensmitteln wieder zu stärken. Verbraucher müssen besser über die Möglichkeiten zur Resteverwertung von Lebensmitteln informiert werden. Auf EU-Ebene wird sich die Fraktion dafür einsetzen, das Mindesthaltbarkeitsdatum bei weiteren nicht verderblichen Lebensmitteln abzuschaffen.

Verbraucher möchten sich gesund ernähren, sie bevorzugen heimische Lebensmittel und befürworten artgerechte Tierhaltung. Doch am Ende orientiert sich ihr Kaufverhalten noch immer am Preis. Bauern müssen aber mehr Geld für ihre Produkte bekommen, denn Tierwohl kostet. Auch der Lebensmittel-einzelhandel hat hier eine Verantwortung.

Die Fraktion setzt sich für artgerechtere Haltungssysteme in den Ställen ein. Das Schlachten trächtiger Kühe soll verboten, das Kürzen von Schnäbeln, das Beschneiden von Schwänzen und das Töten männlicher Küken baldmöglichst beendet werden.

Eine der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist der Kampf gegen Antibiotikaresistenzen bei Mensch und Tier. Dafür muss der Einsatz von Antibiotika so weit wie möglich reduziert werden – das gilt für Human- wie Tiermedizin. Die Fraktion wird die Zusammenarbeit in beiden Bereichen daher intensivieren.



Foto: Steven Rösler

Fraktionsvorstandsklausur im Reichstag

Papier zur inneren Sicherheit verabschiedet

Auch in Deutschland war die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus noch nie so groß wie heute. Dies ging auch aus dem Vortrag des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hervor – ein weiterer Gast der Klausurtagung. Der Fraktionsvorstand verabschiedete daher einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Terrors sowie zu weiteren Aspekten der inneren Sicherheit. Dazu gehört unter anderem der Gesetzentwurf zur Speicherung von Verbindungsdaten. Er soll nach dem Willen der Fraktion so schnell wie möglich in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden, damit Ermittler das Umfeld von Terroristen

und um die stetig zunehmende Zahl von Wohnungseinbrüchen. Inzwischen wird alle drei Minuten irgendwo in Deutschland eingebrochen. Rainer Wendt bekräftigte, dass die Zahl der Fälle im letzten Jahr mit rund 150.000 auf den höchsten Stand seit 16 Jahren angestiegen sei.

Dieser Entwicklung will die Fraktion mit einem mehrgliedrigen Ansatz entgegenreten: mehr Polizisten beim Bund, bessere Befugnisse für die Ermittlungsbehörden, härtere Bestrafung von Einbrechern sowie mehr Prävention durch Einbruchsicherung. Zudem müsste die Polizei nach dem auf der Klausurtagung beschlossenen Papier zur inneren Sicherheit verstärkt die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Bei Wohnungseinbrüchen und Fahrzeugdiebstählen

„Am hohen Schutzniveau halten wir fest“

Michael Fuchs über die Chancen von TTIP – Rückenwind für die deutsche Wirtschaft



Foto: Werner Schüring

Michael Fuchs
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP verhandeln die USA und die Europäische Union bereits seit 2013. Beide Seiten streben einen zügigen Abschluss an. Durch TTIP soll der weltweit größte gemeinsame Wirtschaftsraum entstehen, der rund 800 Millionen Verbraucher umfasst. Über Chancen und Grenzen des Abkommens sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Michael Fuchs.

Herr Fuchs, die CDU/CSU-Fraktion hat gerade ein Positionspapier mit dem Titel „Ja zu TTIP“ verabschiedet. Was hat Deutschland von dem Abkommen?

Fuchs: Wohl kaum etwas wird der deutschen Wirtschaft so viel Rückenwind geben wie ein erfolgreicher Abschluss von TTIP. Wirtschaft und Menschen hierzulande profitieren ja schon lange von unserer intensiven Einbindung in den Welthandel und von grenzüberschreitenden Investitionen. Mit einem transatlantischen Freihandelsabkommen können wir auch global Standards setzen, und zwar zukunftsweisende Standards mit hohem Schutzniveau.

In welchen Bereichen versprechen Sie sich Erleichterungen durch die Vereinheitlichung technischer Standards oder den Abbau bürokratischer Hemmnisse?

Fuchs: Wir wollen neben tarifären gerade auch nichttarifäre Handelshemmnisse abbauen, aber, und das ist wichtig, ohne das hohe Schutzniveau auf beiden Seiten des Atlantiks zu senken. Wir unterschätzen übrigens gelegentlich das hohe Schutzniveau in den USA. Über Jahrzehnte hinweg haben sich auf beiden Seiten des Atlantiks einfach unterschiedliche Normen und Standards auf ver-

gleichbarem, hohem Schutzniveau entwickelt, die im internationalen Wirtschaftsverkehr viel Geld kosten, oft auf Kosten der Konsumenten. Aber in einer globalisierten Welt könnten sie überprüft werden, da sie keinen erkennbaren zusätzlichen Verbraucherschutz mit sich bringen. Für die im transatlantischen Handel stehenden Unternehmen, darunter viele mittelständische Unternehmen, aber auch für die Verbraucher, entstehen durch solche Doppelregulierungen und Doppelprüfungen hohe Kosten. Hier lässt sich viel verbessern.

Verbraucher haben Angst davor, dass das Schutzniveau beispielsweise im Lebensmittelbereich gesenkt wird – Stichwort Chlorhähnchen. Auch um den Erhalt europäischer Standards beim Umwelt- und Arbeitsschutz machen sich die Menschen Sorgen. Sind sie berechtigt?

Fuchs: Eins möchte ich klarstellen: An unserem hohen Schutzniveau in der EU, etwa im Lebensmittelbereich, beim Umwelt- und Arbeitsschutz, werden wir uneingeschränkt festhalten. TTIP wird nicht zu irgendeiner Aufweichung von Schutzstandards führen. Wir fordern explizit den Ver-

zicht auf jegliche Regelungen, welche die Möglichkeiten zur Festsetzung etwa von Lebensmittelstandards in Europa oder den USA einschränken. Das hohe Schutzniveau sowie das europäische Vorsorgeprinzip sind uneingeschränkt beizubehalten. Insbesondere die deutschen Standards bei der Zulassung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von gentechnisch veränderten Lebensmitteln stehen nicht zur Disposition. Wer sich TTIP am Ende der Verhandlungen genau anguckt, wird bestätigt sehen, dass viele derzeit in der Öffentlichkeit kursierenden Befürchtungen und Ängste jeder Grundlage entbehren.

„Kulturelle Vielfalt erhalten“

Was ist mit nationalen Besonderheiten, etwa der kommunalen Daseinsvorsorge, der Buchpreisbindung oder der Kulturförderung?

Fuchs: Erhalt und Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge stehen für uns überhaupt nicht zur Disposition. Das bestehende hohe Schutzniveau für bestimmte Dienstleistungen auf lokaler und regionaler Ebene, etwa im Bereich Wasserversorgung, ist zu erhalten. Kommunen müssen natürlich auch künftig selbst entscheiden können, welche Dienstleistungen besser von öffentlicher und welche besser von privaten Unternehmen bereitgestellt werden sollen. Die kulturelle und mediale Vielfalt in Europa werden wir erhalten und schützen. Wir werden die Möglichkeiten der staatlichen Kulturförderung sichern und auch an der Buchpreisbindung in Deutschland festhalten.

Im Einsatz für die Glaubensfreiheit

Kauder mit Fraktionskollegen in Indien und Vietnam – Dialog über Menschenrechte

Die Menschenrechte, das Recht auf Religionsfreiheit insbesondere, liegen Volker Kauder am Herzen. Jedes Jahr im Sommer bricht der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Reise in Gegenden auf, in denen Menschen – häufig sind es Christen – ihre Religion nicht frei ausüben können, in denen sie wegen ihres Glaubens bedrängt oder bedroht werden. In diesem Jahr besuchte er Vietnam, wo die Regierung zwar zu einem Dialog über Menschenrechte bereit ist, die Defizite bei der Glaubensfreiheit aber dennoch offen zu Tage treten. Auch nach Indien reiste Kauder erneut. Dort besuchte er Christen, deren Familien 2008 Opfer eines Massakers geworden waren.

Begleitet wurde der Fraktionschef auf seiner Reise von den beiden Parlamentarischen Geschäftsführern Michael Grosse-Brömer und Bernhard Kaster sowie der umweltpolitischen Sprecherin Marie-Luise Dött. In Orissa, einem Bundesstaat in Mittelostindien, machten sie sich ein Bild von den Spannungen zwischen den Religionsgruppen, zwischen Hindus und Christen. Das Vertrauen sei zerstört, seit die Hindu-Mehrheit vor sieben Jahren mordend, plündernd und brandschatzend durch die Dörfer gezogen sei, in denen Christen leben, berichtete ein Mann.

Ministerpräsident von Orissa reagiert frostig

Zum persönlichen Leid der Opfer kommt die Tatsache, dass die Regierung von Orissa entgegen ihrer Versprechungen den Betroffenen keine Entschädigungen gezahlt hat. Der Ministerpräsident des Bundesstaates, den Kauder auf diesen Missstand ansprach, reagierte frostig. Das Treffen mit der deutschen Delegation wurde nach wenigen Minuten beendet. Auch der Generalsekretär der Regierungspartei von Ministerpräsident Narendra Modi zeigte sich abweisend, als er von seinen Gästen auf die Religions-



Foto: Ulrich Scharlack

Die Fraktionsdelegation nach einem Gespräch mit Christen in Orissa

freiheit in Indien angesprochen wurde. Kauder versprach den Christen in Orissa aber, sich auch künftig für sie zu verwenden.

In Vietnam zeigte sich die kommunistische Regierung in Sachen Menschenrechte und Glaubensfreiheit offener. „Das positive Signal war, dass sich die Vertreter von Regierung und Partei einem Dialog auch über diese Fragen nicht verweigern“, sagte Kauder nach seinem Gespräch mit Außenminister Pham Binh Minh. Der Fraktionsvorsitzende bat diesen darum, drei bekannte vietnamesische Dissidenten für einen Deutschlandbesuch auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausreisen zu lassen. Die Behörden würden prüfen, ob sie dafür Pässe ausstellen könnten, versprach der Außenminister. Grundsätzlich habe jeder Vietnamesische Anspruch auf einen Pass.

Christliches Kloster muss Hochhausviertel weichen

Der christlichen Gemeinschaft droht in Vietnam Ungemach auch von anderer Seite: von der wirtschaftlichen Expansion. So soll ein 175 Jahre altes Nonnenkloster am Rande von Ho-Chi-Minh-Stadt, dem ehemaligen Saigon, das die Fraktionsdelegation besuchte, den Baggern und Planierraupen weichen. An seiner Stelle soll ein neuer Stadtteil mit Hochhäusern entstehen. „Wir wollen bleiben“, sagte eine ältere Schwester traurig. An diesem Tag erhofften sich die Nonnen den Beistand der deutschen Gruppe. Kauder sagte zu, auch diesen Fall in geeigneter Weise zur Sprache zu bringen. Große Hoffnungen konnte er allerdings nicht machen.

Für die Sicherheit der Bürger

Neue Broschüre

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Wahrung der inneren Sicherheit eine Hauptaufgabe der Politik. Was die Unionsfraktion in dieser Legislaturperiode getan hat, um die innere Sicherheit zu stärken, wird in einem neuen Informationsfaltblatt erläutert. Der Flyer mit dem Titel „Für die Sicherheit der Bürger“ beantwortet Fragen zur Speicherung von Verbindungsdaten, zur Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und dem Schutz des privaten Eigentums. Im Fokus steht auch die Reaktion auf den islamistischen Terror – die derzeit größte Herausforderung für die innere Sicherheit.

Das Kreuz im Fraktionssaal

Das von Besuchern des Reichstages stark nachgefragte Faltblatt zum Kreuz im Fraktionssaal wurde neu gestaltet. Das Kreuz des Bildhauers Markus Daum unterstreicht das Bekenntnis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.



Foto: Julia Nowak



Jürgen Hardt



Maria Michalk

Foto: Laurence Chaperon

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 14./15. September 2015 Klausurtagung der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 13.-15. Dezember 2015 Parteitag der CDU Deutschland
- 16. Dezember 2015 Vorweihnachtliche Feier der CDU/CSU-Fraktion

Hardt und Michalk neue AG-Vorsitzende Mit großer Mehrheit gewählt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zwei neue Arbeitsgruppenvorsitzende: Mit großer Mehrheit wählte die Fraktionsversammlung am Montag Jürgen Hardt zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Auswärtiges und Maria Michalk zur Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Gesundheit.

Jürgen Hardt erhielt 79,6 Prozent der Stimmen. Der 52-jährige Hardt aus dem Bergischen Land sitzt seit 2009 im Deutschen Bundestag und ist seit April 2014 Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit. Im Juli wechselte er vom Verteidigungsausschuss in den Auswärtigen Ausschuss. Außerdem gehört er dem Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union als ordentliches Mitglied an. Als au-

ßenpolitischer Sprecher tritt Hardt die Nachfolge von Philipp Mißfelder an, der Mitte Juli im Alter von nur 35 Jahren überraschend starb.

Michalk wurde mit 96 Prozent der Stimmen gewählt. Die 65-jährige Sorbin aus dem Wahlkreis Bautzen 1 folgt auf Jens Spahn, der Anfang Juli als Parlamentarischer Staatssekretär ins Bundesfinanzministerium wechselte. Sie war bereits zuvor Obfrau der Fraktion im Gesundheitsausschuss des Bundestages. Michalk hatte schon von 1990 bis 1994 ein Bundestagsmandat inne. Anschließend war sie Geschäftsführerin eines mittelständischen Unternehmens. Seit 2002 sitzt sie erneut im Parlament, seit 2013 als direkt gewählte Abgeordnete.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt